

ABGELTUNGSSTEUER

27. Oktober 2010 12:10; Akt: 27.10.2010 14:07

«Modernisierungsdruck wird Banken verändern»

von Gérard Moinat - Der automatische Austausch von Bankdaten ist vom Tisch. Doch der Druck auf die Schweiz und ihre Banken bleibt hoch – davon ist Professor Martin Janssen überzeugt.



Die Schweiz habe unter grossem Druck gute Verhandlungsergebnisse erreicht, sagt Martin Janssen.

20 Minuten Online: Ist das Abgeltungssteuer-Abkommen mit England und bald auch Deutschland für die Schweiz die beste mögliche Lösung?

Martin Janssen: Natürlich wäre es am besten gewesen, wenn die Schweizer Banken hier in der Schweiz einfach Gelder von Ausländern entgegen genommen und gut betreut hätten und wenn die Schweiz in Ruhe gelassen worden wäre. Aber gegeben, dass gestohlene Daten gekauft wurden, dass eine Bank in den USA ihre Kunden aktiv beim Steuerbetrug unterstützte und erwischt wurde und dass die Schweiz auch sonst unter grossem Druck stand, haben Michael Ambühl und seine Mitarbeiter ein sehr gutes Resultat erreicht.

Was ist mit Resteuropa, spezifisch mit Italien und Frankreich? Kommen diese Staaten nun mit ähnlichen Forderungen?

Ja, das ist zu erwarten.

Der automatische Informationsaustausch ist also vom Tisch?

Innerhalb der EU nicht, aber gegenüber der Schweiz schon. Gestärkt durch den bisherigen Verhandlungserfolg, wird die Schweiz anderen Staaten sicher nicht mehr anbieten, als was jetzt auf dem Tisch liegt. Sowieso: Ein umfassender automatischer Informationsaustausch der EU mit Nicht-EU-Staaten war meines Erachtens ohnehin nie mehr als eine Wunschvorstellung einiger staatsgläubiger Beamten in Brüssel. Ich glaube auch nicht, dass die EU selber in der Lage ist, die Unmengen an Daten überhaupt sinnvoll zu verwerten.

Die EU wird beim automatischen Informationsausgleich bleiben?

Ja, das glaube ich schon. Ich bin über den Wert dieser Bürokratieübung aber selbst aus Sicht der EU-Finanzminister sehr skeptisch. Man sieht das ja heute schon. Obwohl die Deutschen den Lohn an der Quelle besteuern und der Bürger vor dem Staat fast nichts mehr verstecken kann, ist die Steuerhinterziehung in Deutschland zwei- oder

Bildstreifen

Christian Wulff zu Besuch in der Schweiz

Hintertürchen Abgeltungssteuer

Die Abgeltungssteuer ist die Lösung im Steuerstreit. Mit ihr sollen deutsche und britische Gelder in der Schweiz belegt werden. Alleine nach Deutschland sollen damit gut 50 Milliarden Franken an rückwirkenden Steuer-Nachzahlungen zurückfliessen. Die kürzlich in die Wege geleiteten Abkommen sind eine Alternative zum automatischen Informationsaustausch.

dreimal höher als in der Schweiz. Die Schweiz darf sicher stolz darauf sein, dass das Vertrauen, das der Staat dem Bürger gegenüber aufbringt, von der ganz grossen Mehrheit der Steuerzahler, besonders auch der grossen Steuerzahler, nicht einfach missbraucht wird. Das sollte man immer auch gegenüber dem Ausland betonen.

Würden sich die USA einem Informationsaustausch mit der EU unterziehen?

Ich glaube, die USA würden mit der EU nicht einmal über ein solches Ansinnen diskutieren. Es ist umgekehrt: Die USA planen mit der «Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)» ab 2013 einen umfassenden Informationsaustausch, soweit ihre eigenen Steuerzahler betroffen sind. Ich wäre überrascht, wenn die USA Gegenrecht halten würden.

Wird sich die Schweiz den FACTA-Forderungen beugen?

Jene Banken, die US-Kunden betreuen oder sogar in den USA tätig sein möchten, werden das tun. Angesichts des Umstandes, dass noch kaum eine Bank in den USA wirklich Geld verdient hat, ist das zwar überraschend. Angesichts des Potentials der US Wirtschaft aber irgendwie auch verständlich.

Zurück zur Abgeltungssteuer. Wie viel Geld wird dadurch aus der Schweiz abfliessen?

Ich schätze, dass pro Staat, mit dem die Schweiz eine solche Vereinbarung abschliesst, etwa ein Drittel in Form von Steuern und mobilem Geld abfliessen wird. Kurzfristig werden die Schweizer Banken mit Standort Schweiz darunter sicher leiden. Aber ich glaube, dass sich die Banken auf Ihre Stärken besinnen und die neu erschlossenen Märkte Deutschland und England und bald auch andere aktiv bearbeiten werden. Wenn die Schweizer Banken diese Herausforderung annehmen, wird es ihnen in vielleicht fünf Jahren besser gehen als heute. Der Modernisierungsdruck wird die Banken verändern.

Aber es sind doch magerere Erträge zu erwarten...

Schon. Langfristig muss sich der schweizerische Finanzplatz aber nicht vor Konkurrenten fürchten. Unser Finanzplatz ist gross, gut organisiert und stark. Und unsere Bankmitarbeiter sind oft besser ausgebildet als ausländische Bankmitarbeiter.

Aber wenn das Alleinstellungsmerkmal Bankgeheimnis bröckelt, dann schon.

Das Bankgeheimnis als solches bröckelt nicht. Die Möglichkeiten, Steuern zu sparen oder zu hinterziehen, werden reduziert oder sogar abgeschafft. Jetzt werden aber die echten Vorteile der Schweiz, ihre Unabhängigkeit und direkte Demokratie, ihre eigene Währung, die solide Ausbildung ihrer vielsprachigen Fachkräfte, deren gepflegter Umgang und anderes wieder bedeutsamer. Die Schweiz leistet einem ausländischen Anleger weiterhin wertvolle Dienste, die auch in der Zukunft gut verkauft werden können.

Auch, wenn sie gleich viele Steuern wie im Heimatland zahlen müssen?

Ja, denn viele wollen ihr Vermögen lediglich auch nach Regionen diversifizieren. Und zwar in Länder, wo sie vor ihrem eigenen Staat geschützt sind. Der Finanzplatz Lugano ist zu einem grossen Teil nur darum entstanden, weil sich die Italiener vor der Enteignung durch den italienischen Staat schützen wollten. Angesichts solcher Ängste tun die Steuern auf dem Kapitalertrag nicht weh, solange man sicher sein kann, dass das Geld sonst sicher und gut aufgehoben ist.

Aber gegenüber Staaten wie Luxemburg, Australien, Lichtenstein usw. verliert die Schweiz doch an Glanz.

Die EU-Staaten werden sich in kürzester Zeit mindestens den gleich harten Regeln unterziehen müssen wie die Schweiz. Australien, Singapur und andere können sich vielleicht länger wehren. Aber will ein Deutscher sein Geld wirklich in Australien oder in Singapur anlegen, wenn er bessere Dienstleistungen in der Schweiz haben kann? Ich bin überzeugt, dass die Steuer auf dem Kapitalertrag, die er in der Schweiz zahlen muss, nicht ausschlaggebend sein wird.

Spüren denn reiche Europäer nicht auch, dass die Schweiz mit den Abgeltungssteuer-Abkommen Schwäche zeigt und unter Druck nachgibt?

Die Schweiz hat nicht mit der Verhandlung über die Abgeltungssteuer Schwäche gezeigt. Die Schwäche der Schweiz zeigte sich, als keine strategischen Varianten und Szenarien entwickelt wurden, wie man auf den Gang der Zeit reagieren soll. Politiker haben in der Vergangenheit an einem Tag etwas behauptet, das bereits am nächsten Tag Makulatur war. Man hätte die gesamte Situation viel mehr aus einer militärischen Brille betrachten und die entsprechenden analytischen Instrumente einsetzen sollen.

Wie beurteilen Sie die langfristige Überlebenschance der zukünftigen Lösung?

Militärisch gesprochen, zieht sich die Schweiz auf das Finanzplatz-Réduit zurück. Aber diesen Raum kennen wir wie unsere Jackentasche und werden ihn auch

erfolgreich verteidigen können. Wichtig scheint mir indes, dass wir ab sofort den Ausbruch aus dem Réduit planen müssen. Wir müssen Strategien entwickeln, wie wir die komparativen Vorteile des schweizerischen Finanzplatzes in der EU zum Tragen bringen können.

Und das leidige Kapital mit den Steuer-CD lassen wir endlich hinter uns?

Ja, davon bin ich überzeugt. Erstens dürfte das eines der Verhandlungsergebnisse sein. Und zweitens wird sich Deutschland davor hüten, während der Verhandlungsdauer diesen vermeintlichen Joker noch einmal zu spielen. Könnte ich die Verhandlungen beeinflussen, würde ich diese sofort für mehrere Wochen unterbrechen, falls so etwas noch einmal passierte. Und die Deutschen können gut genug rechnen, dass sie realisieren, dass allein der Zins aus der Abgeltungssteuer, der ihnen wegen eines solchen Verhandlungsunterbruchs entgeht, viel höher ist als der Informationswert dieser CDs.

**Der Zürcher Uni-Wirtschaftsprofessor Martin Janssen ist zusammen mit Christoph Ammann, Verwaltungsratspräsident Bank Sarasin, und Konrad Hummler, Teilhaber der Privatbank Wegelin & Co., Mitautor eines Dokuments, in welchem Anfang Jahr eine Abgeltungssteuer vorgeschlagen wurde. Janssen spricht mit «20 Minuten Online» über mögliche Zukunftsszenarien.*